

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Fernmeldewesen - Agrarpolitik - Bioalkohol - Sowjetunion - Schuldenkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Fernmeldewesen - Agrarpolitik - Bioalkohol - Sowjetunion - Schuldenkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 9, pp. 433-434

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136313>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Fernmeldewesen
Politischer Kompromiß

Am 16. September übergibt die Regierungskommission zur Neuordnung des Fernmeldewesens dem Bundeskanzler ihren Abschlußbericht. Zwei Punkte sind es vor allem, die bei einer Deregulierung der Telekommunikation politisch brisant sind: Einmal die Frage, ob Wettbewerb auch im Netz zugelassen werden soll – das Stichwort ist hier „Privatisierung“ –, und zum anderen die sogenannte „Tarifeinheit im Raum“, also die Subventionierung insbesondere der Ortsgespräche durch die Ferngespräche, für die soziale Gesichtspunkte angeführt werden. Beide Probleme hängen eng zusammen, denn bisher ist noch kein überzeugender Vorschlag entwickelt worden, wie bei Wettbewerb im Netz eine Tarifeinheit zu verwirklichen wäre.

Nun hat sich die Mehrheit der Regierungskommission entschieden, zwar eine Orientierung der Tarife an den Kosten zu empfehlen – die Tarifeinheit tendenziell also aufzugeben –, das Monopol der Deutschen Bundespost beim Netz und der Übertragung von Sprache (Telefondienst) aber beizubehalten. Diese Vorschläge sind inkonsequent, denn bei einer tatsächlichen Orientierung an den Kosten würde auch der wichtigste Grund für eine Beibehaltung des Netzmonopols verschwinden. So ist zu befürchten, daß die interne Subventionierung zwischen verschiedenen Teilen der Telekommunikation nicht aufgegeben, sondern nur vermindert wird.

Die Empfehlungen scheinen eher auf einem politischen Kompromiß als auf einem konsistenten, ökonomisch begründeten Konzept zu beruhen: Für einen Wettbewerb im Netz gibt es vorerst nämlich keine politischen Mehrheiten. Sollte sich aber wirklich erreichen lassen, daß die Fernmeldetarife die jeweiligen Kosten widerspiegeln, wäre ein wichtiges Hemmnis für eine – spätere – Privatisierung von Teilen des Netzes aus dem Wege geräumt. kra

Agrarpolitik
Zweifelhafter Vorschlag

Statt endlich zu einer umfassenden Reform der bisherigen Landwirtschaftspolitik in Richtung Marktwirtschaft zu kommen, die das drückende Überschußproblem, ein potentieller Sprengsatz für die Europäische Gemein-

schaft, löst, verzetteln sich die Politiker immer wieder in oft kleinkarierte Detailvorschläge. Meist sind damit neue Subventionstatbestände verbunden. Das gilt auch für den Vorschlag des Bundeslandwirtschaftsministers, der den Aufbau freiberuflicher Teilexistenzen auf dem Lande fördern will. Dahinter steht wohl der Gedanke, daß bei reduziertem Einsatz in der Landwirtschaft – und damit reduzierter Produktion, denn sonst macht die Maßnahme im Hinblick auf das Überschußproblem keinen Sinn – nur noch ein Basiseinkommen erwirtschaftet wird, das es durch eine zweite Einnahmequelle etwa als Elektriker oder Mechaniker aufzustocken gilt.

Inspiziert scheinen diese Vorstellungen von dem relativ guten Auskommen der bereits heute als Nebenerwerbslandwirte Tätigen zu sein. Allerdings haben diese von sich aus – ohne staatliche Hilfe – auf die sich verschlechternde Lage auf ihren Höfen reagiert und ihr Einkommen auf eine breitere Basis gestellt. Die Landwirte müssen genügend Flexibilität besitzen, um diesen Anpassungsprozeß – auch unter Einsatz eigenen Vermögens – aus eigener Kraft zu vollziehen. Wer weder als Landwirt noch als Elektriker oder Mechaniker auf staatliche Finanzmittel verzichten kann, muß aufgeben. Schließlich würden derartige Subventionen eine Diskriminierung solcher Unternehmen darstellen, die ohne staatliche Fördermittel auskommen. Auch wenn für den Agrarsektor eigene Gesetze zu gelten scheinen, ist zu hoffen, daß dieser Vorschlag nicht realisiert wird. kr

Bioalkohol
Rettende Idee?

Angesichts chronisch hoher landwirtschaftlicher Überschüsse und leerer Kassen in der Europäischen Gemeinschaft entwickeln Politiker immer wieder Ideen, wie man die Lage verbessern könnte, ohne sich mit dem brisanten Problem auseinanderzusetzen, die gemeinschaftliche Agrarpolitik zu reformieren. Seitdem in Brasilien Autos mit Treibstoff aus Zuckerrohr statt aus Erdöl fahren, steht Bioalkohol bei Agrarpolitikern hoch im Kurs. Nicht nur, daß sonst nicht absetzbare landwirtschaftliche Erzeugnisse neue Abnehmer fänden, darüber hinaus würde auch die Abhängigkeit von ausländischen Erdöllieferanten dauerhaft vermindert. Schon gibt es in mehreren Mitgliedsländern von der EG unterstützte Projekte. Selbst der bisher skeptische Bundes-

forschungsminister stellt neuerdings Fördermittel in Aussicht. Nun will Schleswig-Holstein mit der Einrichtung einer Produktionsstätte für Äthanol aus Weizen und Zuckerrüben zum Vorreiter in der Bundesrepublik werden.

Ganz abgesehen davon, daß die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden selbst immer energieintensiver geworden sind, hat die rettende Idee allerdings einen entscheidenden Fehler. Bioäthanol ist erheblich teurer als fossile Konkurrenzprodukte – selbst bei so hohen Ölpreisen wie zu Beginn des Jahrzehnts. Die propagierte Beimischung zum Benzin ist daher, wenn sie nicht durch Gesetz erzwungen werden soll, nur mit kräftiger Finanzhilfe des Staates zu erreichen. Die Quellen dafür sind bereits ausgemacht: Aus EG-Mitteln soll eine Verarbeitungsbeihilfe in Höhe der üblichen Exporterstattungen für Weizen gewährt werden, und der Fiskus soll bei Bioalkohol auf die Erhebung der Mineralölsteuer verzichten. Subventionen aber schwächen Wachstum und Wohlstand einer Volkswirtschaft nicht weniger, wenn sie von der Agrarpolitik auf die Energiepolitik umgebucht werden. ma

Sowjetunion

Widersprüchliche Reformansätze

Durch die vom Leiter der sowjetischen Preisbehörde, Pawlow, angekündigte Preisreform soll eines der größten Hindernisse auf dem Weg zur „Perestrojka“ beseitigt werden. Zwar hat man die Vorstellung, die Preise könnten in einer sozialistischen Gesellschaft nur sinken, schon längst aufgegeben. Seit Jahren werden die Preise jedoch künstlich niedrig gehalten, so daß sie die Knappheitsrelationen nicht richtig widerspiegeln. Das bestehende Preissystem, das mit staatlichen Subventionen in Höhe von 73 Mrd. Rubel gestützt wird, schafft laut Pawlow „nicht mehr genug Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung“. Gefordert wird daher eine Reform sowohl des Preisgefüges als auch der Preisbildungsprinzipien.

Das Reformkonzept ist in seinen Ansätzen noch sehr widersprüchlich. Die Preise sollen bei gleichzeitiger Vermeidung inflationärer Erscheinungen den technischen Fortschritt stimulieren. Die Preisbildungsprinzipien sind noch wenig präzise formuliert. Laut Pawlow sollen die Preise für Basisrohstoffe „ausgehend von ihren realen Kosten“ unter „Berücksichtigung des Weltmarktpreises“ gestaltet werden. Auf eine radikale Reform deutet das nicht hin, eher auf einen Versuch, die zentralen Pla-

ner und die Anhänger der Betriebsautonomie zufriedenzustellen.

Ein politisch brisantes Dilemma ergibt sich aus der Forderung, durch die Korrekturen im Preissystem die Rahmenbedingungen für mehr Effizienz zu schaffen, ohne gleichzeitig den Lebensstandard der Bevölkerung zu beeinträchtigen. Im übrigen muß die Preisreform, soll sie Erfolg haben, um eine Neufestlegung der Vollmachten der Zentralbehörden und um eine Reform des Geld- und Kreditwesens ergänzt werden. Sonst bleiben alle Neuregelungen im Wirtschaftssystem nur Stückwerk. ap

Schuldenkrise

Phantasie angeregt

Die vor kurzem von der Citibank durchgeführte Aktion, ca. 20% ihrer Forderungen gegenüber den Hauptschuldnerländern in Lateinamerika faktisch als uneinbringbar zu erklären und entsprechende Reserven zu bilden, hat die Phantasie der Gläubiger und derjenigen angeregt, die sich berufen fühlen, für diese nachzudenken. Die „Cartagena Gruppe“, der gegenwärtig zehn Länder Lateinamerikas angehören, forderte Ende August, die Zinsen künftig nach dem Markt- und nicht nach dem Nominalwert zu berechnen. Brasilien möchte angesichts von Abschlägen von 45%, die auf dem Sekundärmarkt auf Forderungen gegen dieses Land gewährt werden, die Hälfte seiner Verbindlichkeiten in langfristige, niedrigverzinsliche Anleihen umwandeln. Harvard-Professoren wie Jeff Sachs und Martin Feldstein stehen solchen Vorschlägen nicht allzu fern.

Die Umwandlung von Bankschulden in Anleihen erleichtert natürlich den Handel mit Forderungen gegen die Dritte Welt. Wenn auch bei der Umwandlung nicht so leicht ein Nachlaß zu erreichen sein wird, so mag manch ein Schuldner doch davon träumen, später die von ihm ausgegebenen Papiere billig zurückkaufen zu können und so besser als jetzt an den Marktabschlägen partizipieren zu können. Zumindest den Brasilianern scheint jedoch zu dümmern, daß der Kurs für solche Papiere für jedermann sichtbar auch die Bonität des Schuldners widerspiegelt. Als Kehrseite des niedrigen Rückkaufwertes könnten die Kosten für neue Finanzmittel leicht unerschwinglich werden. Folglich soll die Weltbank die brasilianischen Papiere garantieren. Zweifellos würde solch ein Vorgehen viele Nachahmer finden. Es fragt sich nur, wie lange die Weltbankgarantie dann noch etwas wert wäre. ho